

Offener Brief an Herrn Ministerpräsidenten Volker Bouffier und Herrn Kultusminister Alexander Lorz

Frankfurt, 15. Februar 2021

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Bouffier,
Sehr geehrter Herr Kultusminister Prof. Dr. Lorz,

seit fast einem Jahr befinden wir uns nun in einem Ausnahmezustand, und es ist noch nicht absehbar, wann sich eine Art von Normalität wiedereinstellen wird. Uns ist bewusst, dass sich die Politik in einem großen Spagat befindet zwischen gesundheitlichen Aspekten, gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen, wirtschaftlichen Notwendigkeiten und den Grundrechten der Bürgerinnen und Bürger. Umso wichtiger ist es, den Menschen eine Perspektive zu geben, wie es in den nächsten Wochen und Monaten weitergehen soll.

Die Familien haben im vergangenen Jahr extreme Herausforderungen gemeistert, und insbesondere die Schüler*Innen haben viel ertragen und mitgetragen. Wir verstehen das Ziel, Schüler*Innen wieder in die Schulen zu bringen, sobald das Pandemiegeschehen es erlaubt – die Kinder brauchen guten Präsenzunterricht ebenso sehr wie ihre sozialen Kontakte. Gerade Eltern jüngerer Kinder benötigen auch und vor allem eine verlässliche Planung, um ihrer Arbeit geregelt nachgehen zu können.

Den Beschluss des hessischen Corona-Kabinetts vom Donnerstag und die nachfolgende Information an Schulen und Eltern haben wir mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Die frühzeitige Ankündigung, dass die Jahrgänge 1 – 6 in Hessen erst am 22. Februar in die Schulen zurückkehren sollen (und nicht wie ursprünglich geplant schon am 15. Februar), haben wir begrüßt: Das hat den Schulen diesmal eine etwas längere Planung bei der Unterrichtsorganisation ermöglicht.

Dennoch gibt es aus Sicht des Stadtelternteilrates Frankfurt zwei wesentliche Kritikpunkte:

1. Fehlende Perspektive:

Warum gibt es keinen Perspektivplan für Hessen, wie ihn Schleswig-Holstein vorgelegt hat? Es geht uns nicht um verbindliche Datumsangaben - die sind in diesem schnell veränderlichen Infektionsgeschehen nicht zu halten. Aber es

müssen endlich konkrete Faktoren und Eckwerte definiert werden, ab denen nächste Schritte umgesetzt werden. Das kann ein Mix sein aus Inzidenzwerten über einen Zeitverlauf, dem R-Wert, der Auslastung von Krankenhausbetten und Kenntnissen zur Ausbreitung von Virusmutationen durch vermehrte Testungen. Anhand dieser Kriterien wäre dann für jeden nachvollziehbar und absehbar, wann man in eine neue Phase eintreten wird. Familien und Schulen brauchen endlich wieder Planbarkeit und Verlässlichkeit! Zudem käme damit auch mehr Transparenz in Ihre Entscheidungsfindung, ein nicht zu unterschätzender Aspekt der Demokratie.

2. Mindestabstand = Drittelung von Klassen = weniger Unterricht:

Das Festhalten an mindestens 1,50m Abstand im Klassenraum stellt die Schulen vor extreme Herausforderungen beim Wechselmodell. Die meisten Schulen haben - basierend auf jüngeren Aussagen aus der Politik - mit einer Halbierung der Klassen geplant. Tatsächlich verweist aber das Schreiben des Kultusministers vom 11. Februar wie auch der Hygieneplan 7.0 klar auf die Einhaltung des Mindestabstands. Die meisten Klassenräume sind jedoch nicht groß genug, um mit diesem Abstand einen halben Klassenzug unterzubringen – somit müssen viele Klassen gedrittelt werden. Das bedeutet, dass aufgrund mangelnder Personal- und Raumressourcen erneut auf manche Nebenfächer verzichtet werden muss! Auch die Betreuung der Schüler*Innen, die nicht in der Schule sind, wird dadurch erschwert. Für die Gymnasien wird die Situation noch verschärft durch die überraschend angekündigte Rückkehr des Q2 Jahrgangs in den Präsenzunterricht. Diese ist grundsätzlich zu begrüßen – bedeutet aber auch wiederum zusätzliche organisatorische Vorbereitungen.

Sie haben durchgängig Maskenpflicht an den Schulen angeordnet ist, mit einer Empfehlung für medizinische Masken für einen besseren Schutz. Abgesehen davon, dass hier eine klare Vorgabe anstelle einer Empfehlung wünschenswert gewesen wäre: Warum ermöglicht man den Schulen unter diesen Voraussetzungen dann nicht eine pragmatische Handhabung des Wechselmodells, wenn alle anderen Hygieneregeln erfüllt werden? Abstand halten ist wichtig und sollte in jedem Fall beibehalten werden, aber es sollte nicht an ein paar Zentimetern Abstand im Klassenraum scheitern, um eine Halbierung der Klassen zu ermöglichen. Das Festhalten an exakt 1,50m Mindestabstand wird dazu führen, dass aufgrund der Drittelung von Klassen weniger Unterricht pro Schüler stattfinden kann. Zudem kommen dadurch manche Schüler*Innen in einen Nachteil gegenüber denjenigen, deren Klasse halbiert werden konnte. Die Lehrpläne sind ohnehin für dieses Schuljahr nicht reduziert worden – wann soll denn der ausfallende Stoff nachgeholt werden? Wie sollen die Wissenslücken bis zum Sommer gefüllt werden?

Als wichtige Maßnahme für das Aufrechterhalten des Schulbetriebs sollte im Falle von Ausbrüchen an Schulen die jeweilige Klasse nach 5 Tagen getestet werden; das würde alle Beteiligten beruhigen und ein schnelles Eindämmen eines Infektionsgeschehens ermöglichen.

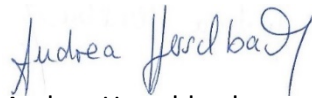
Lieber Herr Ministerpräsident, lieber Herr Kultusminister, wir bitten dringend darum, dass unsere Bedenken gehört werden: Wir fordern eine verlässliche Perspektive und im Sinne unserer Kinder eine Nachjustierung der Anforderungen für das Wechselmodell, damit die Bildungsgleichheit nicht ganz auf der Strecke bleibt.

Mit freundlichen Grüßen,

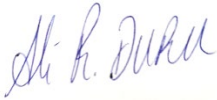
Ihr Städtelternbeirat Frankfurt



Julia Frank
Vorsitzende



Andrea Herschbach
stellvertretende Vorsitzende



Ali Riza Duru
Vorstandsmitglied



Rafaela Hartenstein
Vorstandsmitglied



Mirko Mucko
Vorstandsmitglied